

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Pressemitteilung

München, 12. November 2010

Knobloch begrüßt Bundestagsforderung nach Freilassung von Gilad Shalit

Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, begrüßt einen am Mittwoch, 11. November 2010 vom Bundestag beschlossenen gemeinsamen Antrag (17/3422) der beiden Regierungsfraktionen sowie der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Darin fordern die Abgeordneten dieser Fraktionen – die Mitglieder der Partei Die Linke hatten sich bei der Abstimmung enthalten –, alle „Vermittlungsversuche und vertrauensbildenden Maßnahmen“ zu nutzen, damit der israelische Soldat Gilad Shalit, der seit 2006 von der Hamas gefangen gehalten wird, endlich freigelassen werde. Der Bundestag solle diese Entführung „mit großem Nachdruck“ verurteilen. Das Rote Kreuz müsse sofort Zugang zu Shalit bekommen, um seine medizinische Versorgung sicherstellen zu können. Das letzte Lebenszeichen war den Fraktionen zufolge ein im Oktober 2009 veröffentlichtes Video vom September des gleichen Jahres.

Knobloch selbst hatte in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen, dass das Vorgehen der Terroristen der Hamas sämtliche Grundsätze der Genfer Konvention missachte. Dies betrifft insbesondere die Tatsache, dass die Machthaber im Gazastreifen dem Internationalen Roten Kreuz bislang verbieten, Shalit zu untersuchen. Auch jegliche Kontaktaufnahme zu seiner Familie wird dem 24-Jährigen israelischen Soldaten seit über vier Jahren verwehrt. Knobloch fordert seit Jahren die sofortige und bedingungslose Freilassung von Gilad Shalit. Knobloch: „Mit der Entführung und der politischen Instrumentalisierung des jungen Israelis demonstriert die Hamas ihre Unmenschlichkeit.“

Ansprechpartner:

Aaron Buck
Pressereferent der Präsidentin

Tel.: 089/202400 -116
E-Mail aaron.buck@ikg-m.de